

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

25.4.1928 (No. 97)

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Der Bau des Nikaraguanakanals

Aus Washington wird berichtet:
Senator McKellar von Tennessee hat dem Kongress der Vereinigten Staaten einen Vorschlag unterbreitet, nach dem der Bau eines Kanals durch Nikaragua noch in diesem Jahre beschlossen werden soll. Die Kosten dafür werden mit 200 Millionen Dollars veranschlagt. Das wäre wesentlich weniger, als für den Panamakanal aufgewendet werden mußte, da dessen Bau auf 375 Millionen Dollars gekommen ist.

McKellar ist ein Gegner der amerikanischen Intervention in Nikaragua, er ist aber der Ansicht, daß gerade der Bau des Kanals geeignet sein würde, das Volk von der Politik und von Unruhen abzulenkten, die Arbeiter statt zu den revolutionären Forderungen zu regelmäßigen Verdiensten beim Kanalbau hinzuleiten und damit die Stimmung gegenüber den Vereinigten Staaten zu bessern.

Selbstverständlich spielen für Amerika strategische Erwägungen bei dem Plane eine hervorragende Rolle. Senator Felt, ein Freund Coolidges, gab der Ansicht Ausdruck, es sei die Möglichkeit vorhanden, daß eine andere Nation den Bau eines solchen Kanals ins Auge fassen könnte, weshalb es sowohl aus wirtschaftlichen, als auch aus strategischen Gründen besser sei, wenn Amerika solchen Bestrebungen zuvorzukommen.

Ein mit Nikaragua im Jahre 1916 getroffenes Abkommen würde den Präsidenten der Vereinigten Staaten berechtigen, Nikaragua von dem Entschluß, daß Amerika den Kanal bauen wolle, einfach in Kenntnis zu setzen. Es würden dann nur noch Verhandlungen mit Kostarika, Salvador, und Honduras wegen der Interessen dieser Länder in Frage kommen.

Es ist von amerikanischer Seite in der letzten Zeit oft darauf hingewiesen worden, daß der Panamakanal in 10 oder 12 Jahren, sofern sich der Schiffsverkehr in gleichem Maße weiter entwickle, wie seit der Beendigung des Kanals, den Bedürfnissen nicht mehr genügen werde, denn in den 12 Jahren sei die Zahl der Panamakanal passierenden Schiffe von 1075 auf 5475 im Jahre gestiegen.

Es wird erwartet, daß vor der Vertagung des Kongresses, die am Anfang Juni stattfinden dürfte, die Kanalfrage soweit erledigt sein wird, um die Vorarbeiten für den Bau zu beginnen.

Ein zweiter deutscher Ozeanflug?

W.B. Berlin, 25. April. (Tel.) Ein Berliner Mittagsblatt meldet, daß gegen Verhandlungen über einen zweiten deutschen Ozeanflug abgeschlossen worden seien, und zwar werde der Jungfernstiegler Pilot mit der Wienerin Frau Dillenz, ebenfalls mit einer Jungfernstieglerin, W. 33, den Flug ausführen. — Dierzu erzählt W.B. von der Leitung der Jungfernstiegler, daß tatsächlich Verhandlungen über einen zweiten Ozeanflug eingeleitet sind, es sei jedoch nicht richtig, daß sie bereits zum Abschluß gekommen seien. Frau Dillenz, die im vorigen Jahre an dem Projekt des Fluges über die Azoren beteiligt war, ist an Prof. Junfers wegen dieses neuen Unternehmens herangetreten. Prof. Junfers verhält sich keineswegs grundsätzlich ablehnend, es sind aber noch eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden, ehe das Unternehmen wirklich perfekt ist.

Die Bremen startbereit

Die „Associated Press“ berichtet, daß die „Bremen“ nach der Ankunft der Ersatzteile und der Rückkehr Fitzmaurices in völlig ausgearbeitetem Zustande auf dem Eisfeld in Greenly Island nun abflugbereit liege. Man glaubt, daß die „Bremen“ falls die Wetterberichte günstig lauten, heute oder morgen abfliegen wird.

Der amerikanische Ozeanflieger Lindbergh, der sich zum Empfang der „Bremen“ nach New York begeben hatte, ist Dienstag nachmittags in einem Armeeflugzeug nach Quebec abgeflogen, da er den an Lungenerkrankung erkrankten Piloten Bennett ein in den Laboratorien der Rockefeller-Stiftung hergestelltes Antipneumonie-Serum zu überbringen wünscht. Oberst Lindbergh traf in Quebec ein. Er hatte die Strecke von über 500 Meilen trotz Regen und Schneestürmen in vier Stunden zurückgelegt. Die Landung erfolgte um 6.50 Uhr nachmittags. Das Serum wurde mit größter Besorgnis nach dem Krankenhaus gebracht. Im Befinden Bennetts ist eine leichte Besserung eingetreten, obwohl sein Zustand immer noch besorgniserregend ist.

Auf Greenly Island wird zur Erinnerung an die erste erfolgreiche Überquerung des Atlantischen Ozeans in westlicher Richtung ein Gedenkzeichen errichtet werden. Es wird aus einem einfachen Labrador-Felsstück bestehen, das die Namen der Piloten und einen Bericht über ihre Leistungen tragen wird.

W.B. New York, 25. April. Die amerikanische Geographische Gesellschaft hat den Polarflieger Wilkins die Samuel F. B. Morse-Goldmedaille zuerkannt, die höchste Ehrung, die die Gesellschaft vergibt. Die Überwindung der Wechselland bei der Rückkehr Wilkins nach New York erfolgte.

Prinz Henry Oberhausmitglied, Der dritte Sohn des englischen Königspaars, Prinz Henry, wurde am Dienstag als Mitglied des Oberhauses unter seinem neuen Titel, Herzog von Gloucester, vereidigt.

Letzte Nachrichten

Entschließungen des Großhandels

W.B. Berlin, 25. April. Präsidium und Gesamtverband des Reichsverbandes des deutschen Groß- und übersee-handels haben in ihrer letzten Sitzung die sofortige und durchgreifende Hilfe für die Landwirtschaft für notwendig gehalten, jedoch behauptet, daß die Reichsregierung in überstürzter Weise offenbar völlig unweidmässige Maßnahmen beschließen habe, so z. B. eine Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften aus allgemeinen Mitteln. — Zu den Beschlüssen der Reichsbauwirtschaftsvereinigung über eine Tarifierhöhung wurde eine Entschließung gefaßt, in der die neuerliche Belastung der Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf alle am Verkehr beteiligten Wirtschaftsprüfung für überaus verhängnisvoll bezeichnet und vor der Durchführung dringend gewarnt wird.

Die Sammlungsbewegung in Nordschleswig

W.B. Sonderburg, 25. April. (Tel.) Die Sammlungsbewegung in Nordschleswig macht täglich weitere Fortschritte. Der Aktionsausschuß in Sonderburg bezeichnet das bisherige Teilergebnis der Unterschriftenammlung als glänzend. Bis Dienstag lagen aus 67 Gemeinden 7—8000 Unterschriften vor. Der Führer der Bewegung, Hofbesitzer Leht, erklärte in einer großen öffentlichen Versammlung in Gravenstein, in Beantwortung einer Anfrage nach seiner Stellung zur Grenzfrage, er wolle keinen neuen Krieg zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten um Nordschleswig. Er möchte diese Entscheidung dem Stimmzettel überlassen, betonte jedoch nochmals, daß Dänemark ein verarmtes Nordschleswig nicht auf die Dauer ertragen könne. Er kämpfe jetzt nicht für Nordschleswigs Wiedervereinigung mit Deutschland, sondern für die Schaffung ordentlicher Verhältnisse.

Die Stichwahlen in Frankreich

W.B. Paris, 25. April. (Tel.) Der nicht in besonders ausgiebiger Stichwahl stehende Arbeitsminister Fallières (Radikale Linke), hat seine Kandidatur zugunsten des radikalen Abgeordneten zurückgezogen. Hierdurch dürfte der Erfolg des Arbeitsministers im neuen Kabinett Poincaré aktuell werden.

Die Bezirksvereinigungen der sozialistischen Partei des Seine-Departements hat gestern mit 2336 gegen 1808 vertretenen Stimmen beschlossen, die sozialistischen Kandidaten im zweiten Wahlgang überall da zurückzuziehen, wo die Kommunisten die meisten Stimmen erhalten haben, ohne daß damit eine Wahlparole für den kommunistischen Kandidaten ausgesprochen würde. Die Zurückziehung erfolgt ohne Begründung, während, wenn eine Zurückziehung zugunsten eines Radikalen oder Sozialrepublikaners erfolgt, die Wähler aufgefordert werden, für diesen Kandidaten zu stimmen. Die Zurückziehung der sozialistischen Kandidaten im zweiten Wahlgang wurde auch für den Fall beschlossen, daß der kommunistische Kandidat unmittelbar nach einem Kandidaten der „Nationalen Einigung“ die meisten Stimmen im ersten Wahlgang erzielt hat. Es wurde jedoch nach längerer Debatte beschlossen, daß Leon Blum seine Kandidatur im 20. Bezirk in Paris aufrechterhält, obwohl der kommunistische Gegenkandidat im ersten Wahlgang mehr Stimmen auf sich vereinigte als Blum.

Die Kommunisten haben nach dem „Petit Parisien“ gestern beschlossen, ihre Kandidaten auch für den zweiten Wahlgang aufrechtzuerhalten, jedoch für den Fall, daß ein Sozialist sich in einer günstigeren Stellung befindet, ihre Kandidaten zurückzuziehen, wenn der Sozialist eine schriftliche lüdenlose Zustimmung zu der Einheitsfront der Arbeiter abgibt und sich ausdrücklich für den Klassenkampf verpflichtet.

Zinsanfu von den Nationalisten eingenommen

W.B. Shanghai, 25. April. (Tel.) Der nationalistische General Feng Yuhsiang ist gestern in Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, eingetroffen, ohne bei den demoralisierten Nordruppen nennenswerten Widerstand zu finden. Tausende von Defektoren befinden sich auf dem Wege nach den Hafenstädten Tschifu und Weihaiwei und bilden durch ihre Gewalttätigkeiten und Räuberzügen eine Landplage.

Neue Kämpfe in Mexiko

W.B. Mexiko, 24. April. (Tel.) Die Stadt Guaranaro (Staat Guanajuato) wurde gestern zwei Stunden lang von 600 Aufständischen belagert. Zur Unterstützung herbeigerufenen Bundesstruppen vertrieben die Angreifer, die 40 Tote zurückließen.

Polnischer Boykott deutscher Filme. Wie aus Katowisz gemeldet wird, haben die polnischen Kinobesitzer beschlossen, sämtliche deutsche Filmzeugnisse, insbesondere die Deulig, Emelka und Eide, zu boykottieren, solange nicht von den deutschen Behörden die Aufführung des nach Ansicht der polnischen Kinobesitzer antipolnischen deutschen Films „Drennende Grenze“ unterjagt wird.

Besserung im Befinden Bilsubski. Marschall Bilsubski, der sich noch immer im Spital aufhält, hat, wie aus Warschau gemeldet wird, den Außenminister Koleski empfangen. Die „Epoca“ erzählt, hat sich der Gesundheitszustand des Marschalls wesentlich gebessert, so daß der Patient vielleicht schon in den nächsten Tagen das Spital verlassen und sich auf einen mehrtägigen Erholungsurlaub begeben wird.

Die modernen Kartelle

Ihre Licht- und Schattenseiten.

Von Dr. Klaus Buschmann, Berlin.

Die Zeiten ändern sich, und mit ihnen auch die Bedingungen, von denen das Wohl und das Wehe der Wirtschaft abhängen. Als der Zunftzwang von der Gewerbefreiheit abgelöst war, da setzte unter dem Zeichen der freien Konkurrenz schon bald ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, der Markt erweiterte sich. Doch nach und nach nahm die Entwicklung zwangsläufig nicht unbedenkliche Formen an. Der Kapitalismus und der Großbetrieb kamen auf, und der Fortschritt der Technik drängte dazu, die Leistungsfähigkeit bis zum äußersten anzuspinnen, um eine Verzinsung des Anlagekapitals herauszuwirtschaften. Die Folgen waren Erhöhung der Produktion, Verschärfung des Konkurrenzkampfes, Massenproduktion und schließlich Überwiegen des Angebots. Ständige Konjunkturschwankungen taten ein übriges und tun es bis heute, das Bild der Entwicklung zu trüben. Der Drang zur Massenproduktion wirkt sich noch immer weiter aus, infolge der Überproduktion sinken die Preise, es wird mit Verlust verkauft. Der Konkurrenzkampf wird zum Vernichtungskampf. Die wirtschaftlich schwächeren Betriebe verschwinden, und der Kampf wird zwischen den mächtigeren fortgesetzt, bis die Konkurrenz durch Aufkauf oder Stilllegung beseitigt ist. Aber auch dann tritt nur vorübergehend ein Ruhezustand ein. Jede Marktbesserung, jede technische Neuerung kann das Entstehen neuer Konkurrenz zur Folge haben. Selbst dort, wo die Leistungsfähigkeit im Verhältnis zum Bedarf bei weitem zu groß ist, werden neue Werke gebaut, wie sich das heute in der Kohlen-, Kali- und Eisenindustrie, aber auch auf anderen Gebieten beobachten läßt.

Die Folge dieser Entwicklung ist die Zusammenschlußbewegung. Durch Zusammenschluß von Konkurrenzunternehmen und von Betrieben der vorangehenden und nachfolgenden Wirtschaftsstufe zu Konzernen versucht man, die Gestehungskosten herabzudrücken und möglichst rationell zu arbeiten, um auf diese Weise in dem scharfen Konkurrenzkampf nicht zu unterliegen. Ist die Zahl der konkurrierenden Betriebe durch diese Zusammenlegungen stark genug gesunken, dann folgen Bestrebungen, die gleichartigen Unternehmen zu vertrusten. In diesem Kampf um den Absatz greift nun auch die Kartellbewegung ein. Kartelle (Syndikate, Ringe) sind Vereinbarungen zwischen selbständig bleibenden Unternehmen derselben Art zum Zwecke der Regelung des Marktes und Beschränkung des Wettbewerbs. Sie kommen meist als „Kinder der Not“ in Zeiten schlechter Konjunktur, bei einem Überwiegen des Angebots über die Nachfrage, zur Welt und erstrecken ihre Tätigkeit in erster Linie darauf, die Verkaufsbedingungen, die Preisstellung, die Menge der Produktion und die Verkaufstätigkeit zu regeln. Man unterscheidet deshalb Konditionen-, Preis-, Kontingentierungs- und Verkaufskartelle, wobei jedoch zu beachten ist, daß die einzelnen Kartelle häufig mehrere Tätigkeitsgebiete haben und daß die höchste Stufe der Kartellierung, das Verkaufskartell, sich mit allen genannten Gebieten beschäftigt.

Die Urteile über die Kartelle gehen stark auseinander. Im Vordergrund steht begrifflicherweise die Frage nach ihrem Einfluß auf die Preise. Die Kartellgegner betonen, daß die Politik aller Monopolisten nicht darauf abzielt, möglichst niedrige Preise zu schaffen und möglichst viel umzusetzen, sondern vor allen Dingen viel zu erlösen. Sie brächten daher immer nur soviel auf den Markt, als im Interesse ihrer Preispolitik liege. Jedes Kartell beginne seine Tätigkeit mit der Erhöhung der Preise, bzw. der Verhinderung eines sonst eintretenden Preissturzes. Die Kartellierung führe zwangsläufig zu einer Ausbeutung der Konsumenten. Auf der anderen Seite macht man geltend, durch die Kartelle würden nicht die Preise gehoben, sondern eine größere Gleichmäßigkeit der Preisbildung erzielt. Eine stabile Preisbildung liege auch im Interesse der Konsumenten. Eine Erhöhung der Preise trete nur dort ein, wo diese bereits unter die Gestehungskosten gesunken seien. Vielfach weist man auch darauf hin, daß die Kartellierung zu einer Sanierung der anarchischen Zustände der Volkswirtschaft führe, indem der Überproduktion gesteuert werde. Die Kartelle seien ohne Frage ganz hervorragend geeignet, durch planmäßige Regelung der Produktion zur

